

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/909

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

Bezirk Nord

DGB Bezirk Nord· Besenbinderhof 60 20097 Hamburg

An den
Europaausschuss des
Schleswig-Holsteinischen Landtages

per Email: europaausschuss@landtag.ltsh.de

Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

**Struktur-, Industrie- und
Dienstleistungspolitik**

Arbeitsmarktpolitik

Heiko Gröpler

Telefon: 040-2858-217
Telefax: 040-2858-230
e-mail: heiko.groepler@dgb.de
Internet:
<http://nord.dgb.de>

Abteilung
Struktur-, Industrie- und
Dienstleistungspolitik

Unsere Zeichen
HG/KK

Datum
07.03.2013

**Stellungnahme des DGB zu den Anträgen
„Blaues Wachstum - marines und maritimes Wachstum Chance
für Schleswig-Holstein“ (Drucksache 18/257) und
„Blaues Wachstum - Zukunft Meer“ (Drucksache 18/408)**

Sehr geehrter Herr Lehnert,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ist mit Schreiben vom 31.01.2013 zu einer Stellungnahme zu den oben benannten Anträgen an den Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages aufgefordert worden. Dazu nehmen wir gern wie folgt Stellung:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt das Ansinnen der Anträge, die maritime Politik an Nord- und Ostsee wieder voranzutreiben und dabei das enorme Entwicklungspotential zu nutzen.

Die Fragestellungen die sich mit den gestellten Anträgen verbinden sind vielfältig. Wir möchten uns auf einige - aus Sicht von ArbeitnehmerInnen - wichtige Bereiche konzentrieren.

Insbesondere müssen die Potenziale, welche die Energiewende für den norddeutschen Raum bietet, deutlich besser genutzt werden. Aus Sicht der Gewerkschaften handelt es sich hier um eine Jahrhundertchance für gute und nachhaltige Arbeit für den eher strukturschwachen Norden. Um diese Chance zu nutzen, bedarf es einer gemeinsamen abgestimmten norddeutschen Initiative aller fünf Landesregierungen, auch um eine ausreichende aktive Unterstützung und Koordinierung der Bundesregierung zu erreichen. Wenn Schleswig-Holstein hier die Rolle des Motors und Ideengebers einnehmen möchte, wird dies von uns begrüßt.

Sie erreichen uns ab Hbf Hamburg zu Fuß direkt gegenüber dem ZOB-Bahnhof. Die S-Bahnlinie S1 bringt Sie im 10-Minuten-Takt und in nur 25 Minuten Fahrzeit pro Strecke vom Hauptbahnhof zum Airport und zurück. Der S-Bahnhof „Hamburg Airport (Flughafen)“ liegt direkt vor den Terminals.

Wir brauchen einen stärkeren Einsatz der Politik um die maritime Wirtschaft im Rahmen der Energiewende als Beschäftigungsmotor und Schlüsselindustrie in Norddeutschland zu erhalten und auszubauen.

Zu den einzelnen Sektoren:

Windenergie:

Die Windenergiebranche in Deutschland wuchs in den letzten 20 Jahren rapide und ist heute mit einem Umsatzvolumen von über 6 Mrd. Euro und rund 75 Prozent Exportanteil ein industrieller Leitsektor. Rund 100.000 Menschen finden hier Arbeit, davon etwa 40.000 im Maschinen- und Anlagenbau.

Deutschland hat in den letzten Jahren hier ein hohes gesellschaftliches und technologisches Potenzial entwickelt, Klimaschutz und nachhaltige Energieversorgung miteinander zu verbinden. Gleichwohl stehen wir hier noch am Beginn dieser Entwicklung. Die sich daraus ergebenden Chancen dürfen nicht verschlafen werden. Für das nächste Jahrzehnt ist gerade in Deutschland ein erhebliches Wachstumspotenzial für den Offshore-Bereich prognostiziert. Um dieses Potenzial zu nutzen, sind immense industrielle und infrastrukturelle Voraussetzungen notwendig, die Investitionen in Milliardenhöhe notwendig machen, wobei eine intelligente Kombination von zentraler und dezentraler Energieversorgung, die Versorgungssicherheit zu für Verbraucher akzeptablen Energiekosten dauerhaft sicherzustellen ist.

Aus Sicht der Gewerkschaften ist hier industriepolitisches Handeln und die Flankierung dieser Prozesse durch die Bundesregierung aber auch durch gemeinsames Handeln der fünf norddeutschen Küstenländer dringend geboten, um die drängenden Fragen von

- Finanzierung,
- Infrastruktur,
- Hinterlandanbindung,
- Häfenentwicklung,
- Qualifizierung und Innovation

für eine gemeinsame industrie- und beschäftigungspolitische Chance zu nutzen. Für Deutschland bieten sich hier enorme Beschäftigungspotenziale, die für den norddeutschen Raum zu nutzen sind. Während z.B. Großbritannien beim Ausbau seiner Offshore-Windparks zu 70 bis 80 Prozent auf Importe angewiesen ist, ist die Windindustrie in Deutschland in der Lage 70 bis 80 Prozent der Wertschöpfung aus eigenen industriellen Kapazitäten her darzustellen. Die industrielle Wertschöpfungskette gerade im Bereich der Offshore-Technologie weiter auszubauen und diese mit Zulieferern und dem maritimen Netzwerk von Häfen, Werften, Forschungseinrichtungen, Universitäten und anderen Institutionen sinnvoll zu verknüpfen, um industrielles Know-hows und einen möglichst hohen Wertschöpfungsanteil im norddeutschen Raum zu ermöglichen, muss die Aufgabe einer aktiven Struktur- und Industrie- und Dienstleistungspolitik der norddeutschen Länder sein.

Schiffbau

Im Schiffbau muss es neben einer befriedigenden Auslastung und einer Sicherung der Standorte und Arbeitsplätze auch darum gehen, den Know-how Verlust auf den deutschen Werften zu stoppen und nachhaltig alle arbeitsplatzsichernden Instrumente zu nutzen, um einen weiteren nachhaltigen Substanzverlust durch den Beschäftigungsabbau zu verhindern. Hierfür müssen auch die Chancen der Energiewende und der Ausbau der Offshoreenergie genutzt werden, um die substantiellen Bedrohung von industriellen Schlüsselkapazitäten einer maritimen Industrie mit vielen angeschlossenen Dienstleistungen zu verhindern.

In den nächsten Jahren wird im Rahmen der Energiewende der Bedarf an Errichterschiffen, Plattformen, Versorgungsschiffen, Kabellegern, Schwimmkränen, Swath-Schiffen etc. deutlich steigen und könnte so Beschäftigung und Know-how auf den Werften und bei ihren Zulieferern und Dienstleistern sichern, wenn es gelingt, die bereits vorhandenen Schlüsselkapazitäten im Schiffbau zu sichern.

Der Politik auf norddeutscher Landes- und Bundesebene kommt hierbei eine besondere Rolle und Aufgabe zu. Wir als Gewerkschaften erwarten hier eine aktive –und nicht nur moderierende- Politik für die Belange dieser Zukunftsindustrie und der Beschäftigten. Die primäre Aufgabe muss darin liegen, politische Prozesse zu initiieren, neue Wachstumsfelder zu identifizieren und gestaltende Vorschläge zu entwickeln, um den maritimen Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland zu stärken. Drängend sind dabei vor allem

- Finanzierungsfragen,
- Fragen der Weiterentwicklung von Forschung, Entwicklung und Innovation,
- der gezielte Aufbau der Offshorefelder,
- das Einwirken auf europäischer Ebene für eine aktiven Rolle Europas zur Sicherung der maritimen Standorte.

Gerade angesichts der Tatsache, dass viele Aufträge in den vergangenen Monaten an asiatische, staatlich subventionierte Anbieter verloren gegangen sind, muss die Schiffbauindustrie sich deutlicher und bestimmter in den Bereich des Offshore-Marktes hinein begeben. Die IG Metall schlägt z.B. dazu vor, ein „Konsortium Schiffbau-/Offshore-Industrie“ mit den beteiligten Werften- und Zulieferer-Industrien zu gründen, um im vorwettbewerblichen Bereich stärker und erfolgreicher als bisher, diese neuen Marktchancen der Energiewende zu nutzen.

Eine funktionierende Finanzierungs-Infrastruktur für den industriellen maritimen Bereich ist zwingende Voraussetzung für den Erhalt und den Ausbau der Arbeitsplätze im Schiffbau, aber auch in der gesamten maritimen Industrie. Gerade unter industriepolitischen Gesichtspunkten muss wie in China oder anderen asiatischen Staaten eine Lenkungswirkung einer öffentlichen Finanzierung zur Gewährleistung steuerlicher Rückflüsse unter Sicherung industrieller Kapazitäten gewährleistet sein. Hierzu bedarf es einer finanzpolitischen Offensive der Bundesregierung, welche von den norddeutschen Bundesländern viel intensiver eingefordert werden muss. Um die Chancen der Energiewende für die norddeutschen Bundesländer zu

nutzen, sollten verstärkt Landesbürgschaften und für diesen zukunftsreichen Bereich zur Verfügung gestellt werden.

Die mit der Energiewende einhergehenden langfristigen Chancen für den strukturschwachen Norden kann nicht einfach der Zufälligkeit der volatilen und allzu oft kurzfristig orientierten Finanzmärkte überlassen werden. Dabei müssen Kredit- und Bürgschaftszusagen an Gute Arbeit und zumindest europäische Wertschöpfungsketten gekoppelt werden. Zur Guten Arbeit finden Sie mehr unter dem Stichwort „Gute Arbeit“ weiter unten in dieser Stellungnahme.

Zudem sollte auf europäischer Ebene die Umsetzung eines europäischen Flottenerneuerungsprogramms zur Ausphasung von Schiffen, die älter als 30 Jahre sind oder nur mit Sondergenehmigung betrieben werden unterstützt werden. Durch die Kombination besonderer Kreditprogramme könnten Anreize für die Beschaffung neuer Schiffe bei europäischen Werften gesetzt werden, um die derzeitige Flotte umweltfreundlicher zu gestalten. Dazu gehört auch die Schaffung eines wirtschaftlichen Anreizsystems für die Umsetzung von fortschrittlicher Sicherheits-, Klima- und Umweltschutztechnik.

Energiewirtschaft / Energiespeicherung

Die Nutzung der Windenergie muss mit der Erweiterung von Speicherkapazitäten einhergehen. Im norddeutschen Raum bietet sich eine besondere Chance. Denn, wenn es gelingt, den in Nord- und Ostsee erzeugten Strom zügig „anzulanden“ und in der Nähe der Anlandungspunkte zu speichern so wäre der Ausbau der Netze bis in den süddeutschen Raum für Stromspitzen entbehrlich. Hierzu wäre aber die abgestimmte Entwicklung von leistungsfähigen Energiespeichern vonnöten. Erste Erfahrungen liegen vor, Pilotanlagen sind in Betrieb. Besonders die Nutzung von Wasserstoff als Energiespeicher oder die Nutzung von unterirdischen Kavernen scheint für das norddeutsche Flachland sinnvoll, zumal für die Nutzung von Wasserstoff für den Antrieb von (Wasser-)Fahrzeugen bereits Erfahrungen vorliegen.

Mit der Ausweisung und Aufbau von norddeutschen Energiestandorten auf Basis von Windenergie und deren Speicherung könnten bei einer aktiven Industriepolitik Wertschöpfung bei norddeutschen Maschinen- und Anlagenbauern verbleiben. Dazu dürfte allerdings die verstärkte Forschung und Entwicklung in diesem Bereich (welcher durchaus z.B. über EFRE-Mittel finanzierbar wären) auf die mittelständig geprägten Unternehmenslandschaft (mit zu wenig FuE-Potential) besser abgestimmt sein.

Für Beschäftigte aus den abzuschaltenden Atomkraftwerken könnten in den Energieparks, in denen dann auch die Verstromung von Wasserstoff oder CO₂ angereicherten Wasserstoff erfolgen sollte, neue Beschäftigungsperspektiven entwickelt werden.

Auch der Bau von Pipelines für Wasserstoff oder CO₂ angereicherten Wasserstoff in die urbanen Zentren für den Einsatz anstatt fossiler Brennstoffe sollte verstärkt in die gemeinsamen Planungen der norddeutschen Länder für einen umweltfreundlichen Umbau unserer Gesellschaft einbezogen werden.

Häfen

Auch hier bedarf es einer abgestimmten Politik der Küstenländer welche Häfen welche Aufgaben im Rahmen der Energiewende wahrnehmen können und sollten. Damit dürfte z.T. ein erheblicher Bedarf an Investitionen in die Hafeninfrasturktur verbunden sein, welche nicht beliebig, sondern konzentriert erfolgen sollten. Klar ist, dass der Bedarf – auch an kaikantennahen Produktionsflächen für den Großanlagenbau – in Nord- und Ostsee beträchtlich ist. Ob diese Bedarfe im norddeutschen Raum beschäftigungswirksam werden können ist abhängig von einer aktiven Koordinierung.

Gute Ausbildung, Gute Arbeit:

Die Gewerkschaften setzen sich für eine leistungsstarke und wachsende Industrie- und Dienstleistungsbranche ein, welche die Energiewende konsequent für einen sicheren nachhaltigen und auskömmlichen Beschäftigungsaufbau nutzt und in der faire Arbeitsbedingungen herrschen.

Gerade im Offshore-Bereich sind die Beschäftigten enormen Arbeitsbelastungen, einer erhöhten Unfallgefahr und hohen Anforderungen an ihre Mobilität ausgesetzt. Gute Arbeit, tarifliche Regulierung der Entgelt- und Leistungsbedingungen und betriebliche Mitbestimmung der Beschäftigten müssen selbstverständliche Voraussetzungen in der Windindustrie werden. Eine Branche, die eine hohe öffentliche Förderung erfährt, muss auch ihrer gesellschaftlichen und sozialen Verantwortung gerecht werden. Leiharbeits- und Werkvertragsquoten müssen deutlich reduziert werden und bei nicht zu vermeidender Leiharbeit muss Equal Pay und tarifliche Entlohnung Standard sein.

Mit Guter Arbeit einher geht auch eine Gute Ausbildung. Nur wer in Aus- und Weiterbildung investiert, kann die großen Herausforderungen an Technologie und Produktion meistern. Auf die Energiewende zugeschnittene Weiterbildungsangebote müssen entwickelt werden. Berufsbilder ggf. überprüft werden. Die Perspektiven, welche die Energiewende wie oben beschrieben bieten, muss auch bei Auszubildenden und Beschäftigten als Perspektive ankommen. Diese Perspektive muss sich in dem Anspruch auf die Übernahme nach der Ausbildung, unbefristete sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Beschäftigung, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Schaffung von altersgerechten Beschäftigungen manifestieren.

Für Ausschreibungen, die Vergabe von Fördermitteln, Konzessionen, Krediten und Bürgschaften muss das Prinzip der Guten Arbeit einschließlich einer nachhaltigen Personalführung mit ein wesentliches Entscheidungskriterium sein.

Forschung, Entwicklung und Innovation:

Die Steigerung der Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation durch Erhöhung der Mittel für die maritimen Förderprogramme und Optimierung der Förderbedingungen (auftragsunabhängige

Produktinnovation sowie Beschleunigung und industrielle Ausrichtung der F+E-Förderung) und Erweiterung des Anwendungsbereichs auf alle maritimen Zukunftsmärkte (Offshore, Binnenschifffahrt etc.) müssen Vorrang haben und länderübergreifend aktiv koordiniert werden. Finanzierbar ist dies durch EFRE-Mittel, welche durch Länderprogramme kofinanziert werden müssen. Dabei sind insbesondere die anwendungsorientierten Innovationsbeihilfen quantitativ und qualitativ auszubauen und müssen erweitert werden. Damit einher geht die Weiterentwicklung von Erstausbildung, Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogrammen, die den Beschäftigten eine berufliche Perspektive eröffnen und den Erhalt und Ausbau des notwendigen Know-Hows sichert. Nur mit qualifizierten und motivierten Beschäftigten werden die durch die Energiewende auszulösenden Prozesse die notwendige Innovationskraft für die Zukunft entwickeln können.

Wichtig ist zudem die Herausbildung einer wissenschaftlichen Infrastruktur in diesem sich entwickelnden Industriezweig sowie der Ausbau der Clusterbeziehungen.

Lassen Sie uns die wichtigsten Forderungen an Politik und Wirtschaft im Rahmen der Energiewende für die Küstenländer wie folgt zusammenfassen:

1. Die Energiewende muss Chefsache werden. Die Landesregierung muss noch stärker von der Bundesregierung eine aktive energiepolitischen Koordination einfordern, um Beschäftigungschancen im Rahmen der Energiewende für den norddeutschen Raum zu nutzen. Das Hickhack zwischen den Ministerien muss ein Ende haben.
2. Wir brauchen einen Umsetzungs- und Masterplan. Darin müssen die grundlegenden Fragen wie Netzanbindung, Ausbau der Netzinfrastruktur, Hafen- und Infrastrukturkonzepte sowie finanzielle Rahmenbedingungen geklärt werden.
3. Die Betroffenen haben beim Netzausbau ein Recht auf Beteiligung und Mitsprache. Die Bundesregierung muss dieses sicherstellen. Für die Offshore-Windparks brauchen wir eine schnelle Garantie der Netzanschlüsse. Wenn die Bundesregierung das nicht leisten kann, muss sie umgehend mit Netzbetreibern und Energieversorgern ein neues tragfähiges Konzept entwickeln.
4. Die fünf norddeutschen Küstenländer sind in einer besonderen Verantwortung. Auch wenn es landesbezogene Interessen gibt, müssen sie jetzt an einem Strang ziehen – damit der Ausbau der Offshore- Industrie an der Küste gelingt.
5. Neue Windparks müssen für Wertschöpfung und Beschäftigung an der Küste sorgen. Ein wesentliches Kriterium für die Genehmigung von Offshore-Windparks und der damit auch einhergehenden Gewährung öffentlicher Mittel sollte sein, dass die Beschäftigung und die Wertschöpfungskette (Windenergieanlagen-Produzenten, Komponenten-Hersteller, Werften, Zulieferer, Infrastruktureinrichtungen etc.) an der Küste gestärkt werden.

6. Besser statt billiger: Die Branche sollte auf Innovationen setzen. Auf dem Weltmarkt werden wir uns nicht mit billigeren, sondern nur mit besseren Produkten durchsetzen. Wir fordern deshalb eine Ausweitung der Innovationsförderung. Nur so bleibt uns das Schicksal der Solarbranche erspart.
7. Wir setzen auf Aus- und Weiterbildung. Nur mit qualifizierten und motivierten Beschäftigten wird die Windindustrie die notwendigen Innovationen entwickeln können. Noch bildet die Branche viel zu wenig junge Menschen aus. Wir fordern deshalb eine Intensivierung von Erstausbildung, Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogrammen. Angesichts drohender Unterauslastung von Betrieben und erster Insolvenzen mangels Auftragseingängen brauchen wir außerdem schnellstmöglich Konzepte, um die qualifizierten Beschäftigten zu halten.
8. Saubere Energie heißt für uns auch Gute Arbeit. Wir setzen auf eine leistungsstarke und wachsende Windindustrie, in der faire Arbeitsbedingungen herrschen. Gute Arbeit, tarifliche Regulierung der Entgelt- und Leistungsbedingungen sowie betriebliche Mitbestimmung müssen auch in der Windindustrie selbstverständlich sein.

Freundliche Grüße



Heiko Gröpler